

Fall Castrop-Rauxel: Kritik an Hinhaltenaktik bei Speicherfristen

Gut ein halbes Jahr nach dem vereitelten mutmaßlichen Terroranschlag in Castrop-Rauxel hat die Bundesregierung noch immer keine konkreten Pläne, um die Vorratsdatenspeicherung rechtssicher und praxisorientiert zu regeln. Das hat Innenstaatssekretär Johann Saathoff (SPD) dem CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann auf eine diesbezügliche Nachfrage in der Sitzung des Innenausschusses des Bundestages am Mittwoch mitgeteilt. Es sei „unbegreiflich“, warum Innenministerin Faeser eine Hinhaltenaktik betreibe, kritisiert Breilmann im Anschluss in Berlin. Durch den Verzicht auf Vorratsdatenspeicherung werde die Bekämpfung schwerer Kriminalität erschwert. „In der Ampel regieren drei Parteien, die nicht in der Lage sind, entscheidende Fragen zu beantworten. Die Fallzahlen steigen, die Zeit der Ausreden ist vorbei. Innenministerin Faeser scheint überfordert, die notwendigen Möglichkeiten für die Sicherheitsbehörden zu schaffen“, so der Unions-Innenexperte.

„Wärmewende“: Heizungspläne der Bundesregierung stoppen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert angesichts des heftigen Streits in der Ampel-Koalition über das geplante Heizungsgesetz Klarheit für die Bürgerinnen und Bürger bei der sogenannten Wärmewende. Auf Verlangen der Union diskutierte der Bundestag am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde zu dem Thema „Heizungspläne der Bundesregierung stoppen – Wärmewende technologieoffen und sozial verträglich neu starten“. Wegen grundsätzlicher Bedenken hatte die FDP verhindert, dass der vom



„Die vergeigte Wärmewende ist ein Trauerspiel“: Der klima- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Jung, kritisiert in der Bundestagsdebatte den Dauerstreit der Ampel-Koalitionen beim umstrittenen Heizungsgesetz in scharfer Form. (Foto: Privat)

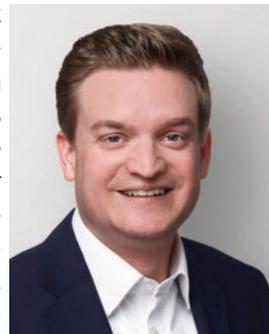
Kabinettt beschlossene Gesetzentwurf in dieser Woche im Bundestag behandelt wird. Die Redner der Union riefen in der Debatte zu einem Neustart auf. Das Heizungsgesetz in der vorliegenden Fassung, aber auch die Streitereien der Koalitionspartner hätten zu Verunsicherung, Wut und Frust bei den Menschen geführt.

Mit dem Klimaschutzgesetz soll Treibhausgasneutralität bis 2045 erreicht werden. Dafür sind auch aus Sicht der Union klimafreundliches Heizen und eine technologieoffene und sozial verträgliche Wärmewende nötig. „Aber: So wie es die Ampel vorschlägt, funktioniert es nicht“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. „Wir wollen kein Heizungsverbotsgesetz. Das Chaos der Ampel schadet der Akzeptanz für den Klimaschutz“. Die Wärmewende müsse für die Menschen und Handwerksbetriebe

machbar und leistbar sein. Nötig seien echte Technologieoffenheit, um die Potentiale aller klimafreundlicher Heizlösungen zu nutzen. Diese Technologieoffenheit müsse von einer transparenten und sozial gestaffelten Förderkulisse flankiert werden. „Wir wollen ein Ende der Verunsicherung und eine Wärmewende, die mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingt. Die Wärmewende wird auch in der Region Recklinghausen nur dann zum Erfolg, wenn sie für jedes Haus die individuell beste Lösung für die Menschen ermöglicht“, so MdB Breilmann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

BKA-Präsident Münch hat diese Woche im Innenausschuss die aktuelle Statistik zur politisch motivierten Kriminalität vorgestellt. Besorgniserregend: Die bundesweiten Fallzahlen sind 2022 erneut deutlich angestiegen und befinden sich auf dem höchsten Stand seit Einführung der Statistik. Darunter 73 % mehr Delikte im Zusammenhang mit Klima- und Umweltschutz. Als zuständiger Sprecher meiner Fraktion habe ich daher in der Sitzung die Radikalisierungstendenzen bei der Gruppe „Letzte Generation“ gegenüber BKA und Bundesregierung thematisiert. Die bundesweite Razzia macht deutlich: Das Handeln der „Letzten Generation“ ist schlicht kriminell. Klimaschutz ist richtig, aber er rechtfertigt keine Straftaten. Ich begrüße es, dass die Justiz jetzt durchgreift und mit den Mitteln des Rechtsstaates gegen diese Vereinigung vorgeht. Das Agieren der Gruppe wurde in den vergangenen Monaten immer radikaler. Es ist längst nicht mehr von der Demonstrationsfreiheit gedeckt. Als Union haben wir genau davor gewarnt und neben einer harten Bestrafung auch Strafschärfungen insbesondere bei den Straftatbeständen des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und der gemeinschädlichen Sachbeschädigung gefordert. Die Ampel darf sich nicht wegducken, sondern muss die Mittel des Rechtsstaats nachschärfen.



Ich wünsche ein frohes Pfingstfest!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Tagung des BMBF zur Antisemitismusforschung



Wie hilft Wissenschaft im Kampf gegen Antisemitismus? Darauf suchte das Bundesforschungsministerium (BMBF) bei einer Tagung mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft am Dienstag in Berlin Antworten. Über Wissen sowie Wissenslücken diskutierte auf dem Podium auch CDU-MdB Michael Breilmann mit Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (LINKE) und MdB Marlene Schönberger (B'90/Grüne). „Die Wissenschaft hilft, Antisemitismus in all seinen Formen zu verstehen. Und besser verstehen heißt, besser bekämpfen zu können“, bilanziert Breilmann. (Bild: Privat)

Rotary Club Castrop-Rauxel besucht den Bundestag



Der Rotary Club Castrop-Rauxel mit Präsident Theo Milte (Bild Mitte) hat auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann am Donnerstag den Bundestag besucht. Nach dem Besuch einer Plenarsitzung und der Reichstagskuppel stand ein festliches Abendessen in den Räumlichkeiten der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft auf dem Programm. Ehrengast dort war der Erste Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, selbst im Rotary Club aktiv, der den RC-Mitgliedern vor Ort exklusiv Rede und Antwort stand. (Bild: Privat)

Jugendengagementkongress: KiJuPa Waltrop in Berlin



Der Jugendengagementkongress bringt jährlich engagierte junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren, die für Demokratie und Toleranz aktiv sind, für vier Tage in Berlin zusammen. Heuer war auch das KiJuPa Waltrop mit dabei, spontan traf man auch CDU-MdB Michael Breilmann. Zur Stärkung gab es für die fleißigen Kongressteilnehmer ein gemeinsames Pizzaessen. „Vielen Dank für Euer tolles Engagement!“, so Breilmann am Montag. (Bild: Privat)

Nachgefragt: Ruhrfestspielhaus-Sanierung im Focus

Da komplizierte Förderbestimmungen des Bundes bei der Sanierung des Ruhrfestspielhauses dazu führen, dass das Anliegen, die Bauzeit zwischen zwei Festspielzeiten zu legen, nicht umgesetzt werden kann, wollte CDU-MdB Michael Breilmann in einer schriftlichen Frage wissen, ob die Regierung in solchen Fällen eine Hilfestellung plant? „Die Mittel wurden durch den Haushaltsgesetzgeber zu einem Zeitpunkt etatisiert, als die Stadt die Planungen für die Sanierung des Festspielhauses bereits abgeschlossen hatte und die Ausschreibung der Bauleistungen anstand. Im engen Zeitplan der Stadt war allerdings kein weiterer Puffer für die baufachliche und verwaltungsmäßige Prüfung des Bundes vor der Ausschreibung vorgesehen“, heißt es in der Antwort von Kulturstaatsministerin Claudia Roth von Mittwoch. „Sehr ernüchternd“ findet MdB Breilmann, der Bund müsse sich schleunigst um kommunalfreundlichere Förderrichtlinien kümmern.

Impressum:

Ausgabe Nr. 31 der 20. Wahlperiode

26. Mai 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
M. Breilmann MdB/H. Häßler